Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3976

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 19. März 1969 am Donnerstag, dem 20. März 1969 am Freitag, dem 21. März 1969

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Kempfler**

Erwägt die Bundesregierung auf dem Gebiet des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit eine Rechtsbehelfsbelehrung, wie in allen anderen Verfahrensarten, vorzuschreiben, um vor allem die nicht durch Anwälte vertretenen Parteien vor Rechtsnachteilen zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

2. Abgeordneter **Geisenhofer**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der § 2 a des Wirtschaftsstrafgesetzes wesentlich gestrafft werden sollte, um den Gerichten die Möglichkeit zu geben, nachdrücklicher als bisher tatsächlichen Mietpreiswucher zu bekämpfen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

3. Abgeordneter **Geldner**

In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung, den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau stärker als bisher zur Eigentumsbildung in privater Hand heranzuziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

4. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Trifft es zu, daß das bayerische Kultusministerium sowie oberste Jugendbehörden anderer Bundesländer die Mitarbeit in dem vom Bundesfamilienministerium im Rahmen eines internationalen Jugendaustausches und Besucherdienstes (IJAB) eingerichteten Kuratorium aufgekündigt haben, weil in diese Länder

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

überwiesene, offenbar in der Einschätzung geringer gewertete Besuchergruppen, mit wesentlich minimaleren Beträgen bezuschußt wurden als im Bereich der Bonner Zentrale besonders großzügig betreute Delegationen?

5. Abgeordneter **Zebisch**

Wie weit sind die Vorarbeiten zu der in einer Regierungserklärung vom Januar 1967 und in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes angekündigten Reform des Familienlastenausgleiches schon gediehen?

Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

6. Abgeordneter **Jung**

Wie hoch werden voraussichtlich die Subventionen aus dem Bundeshaushalt sein, die dafür gezahlt werden müssen, daß der Preis der Saar-Kohle, die Frankreich nach Artikel 83 des Saarvertrages aus der Förderung der Saarbergwerke abzunehmen verpflichtet ist, auf Grund eines Kabinettsbeschlusses vom 19. Februar 1969 den französischen Abnehmern gegenüber gesenkt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

7. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Wie weit ist das Ratifizierungsverfahren für die Konvention über ein Europäisches Arzneibuch gediehen, das nach dem Tätigkeitsbericht des Ministerkomitees des Europarates Ende 1967 bereits eingeleitet worden sein sollte?

8. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Wann ist mit dem endgültigen Abschluß der Ratifizierungsverfahren für das Europäische Übereinkommen zur gegenseitigen Hilfe auf dem Gebiet medizinischer Spezialbehandlung und heilklimatischer Hilfsmittel sowie des Europäischen Übereinkommens über den Austausch von Testsera zur Blutgruppenuntersuchung, die 1962 von der Bundesregierung unterzeichnet wurden, zu rechnen, nachdem in der Beantwortung der Kleinen Anfrage betr. Ratifizierung von Konventionen des Europarates vom 1. März 1963 (Drucksache IV/1023) und in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 22. Januar 1965 (158. Plenarsitzung, Stenographischer Bericht Seite 7773) der Bundesgesundheitsminister eine baldige Erledigung ankündigte?

9. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Lebenserwartung zahlreicher Nierenkranker in der Bundesrepublik Deutschland, die an einem Nierenversagen leiden, steigen würde, wenn genügend „künstliche Nieren" zur Verfügung ständen?

10. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Entspricht es den Tatsachen, daß in der Bundesrepublik Deutschland nur etwa 10% der für diese Behandlung geeigneten Nierenkranken regelmäßig an eine künstliche Niere angeschlossen werden können, da es zu wenig Nierenzentren gibt und diese personell und materiell noch ungenügend ausgestattet sind, während in einigen ausländischen Staaten die Verhältnisse günstiger liegen?

11. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, ein leistungsfähiges Netz von Nierenzentren mit ausreichender Kapazität zu schaffen, um den modernen medizinischen Anforderungen bei der Behandlung schwer Nierenkranker gerecht zu werden?

12. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend der Entschließung des Bundesrates vom 4. Oktober 1968 baldigst eine Bundesoberbehörde für die Prüfung von Sera und Impfstoffen einzurichten und eine Verordnung über die Befugnisse dieser Behörde und die Prüfungsvorschriften vorzulegen, in der sichergestellt wird, daß nur solche Herstellungsmethoden zugelassen werden, die jedes mögliche Risiko — wie etwa die Marburger Affeninfektion — weitgehend ausschließen und die Produktion von Impfstoffen auf tierischem Zellgewebe oder auf lebenden Tieren durch die Verwendung von diploiden menschlichen Zellen oder von Hühnereiern ersetzen und daß auch die berechtigten Forderungen des Tierschutzes berücksichtigt werden?

13. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag beschleunigt eine Novelle zum Bundesseuchengesetz vorzulegen, in der die Entschädigungen für Impfschäden in ausreichender Form bundeseinheitlich geregelt werden, wobei als Mindestforderung zur Abgeltung des Aufopferungsanspruches die Anwendung aller einschlägigen Bestimmungen des Bundesversorgungsgesetzes normiert und eine einheitliche Verjährungsfrist von 30 Jahren ohne Anmeldefrist sowie die Gleichstellung der jugendlichen Geschädigten mit den Erwachsenen festgelegt werden?

14. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, der Öffentlichkeit eine zuverlässige Zusammenstellung aller Impfschadensfälle aus allen Bundesländern für die letzten zehn Jahre vorzulegen, aus der die gemeldeten und die amtlich anerkannten Schäden und ihre Aufgliederung auf die hauptsächlichen Folgeerscheinungen ersichtlich sind und ein klares Bild darüber gewonnen werden kann, ob es geboten erscheint, die Pockenimpfung, wie z. B. in Großbritannien, den Niederlanden, in Schweden, Finnland und der Schweiz, auf freiwillige Basis zu stellen?

15. Abgeordneter **Jung**

Inwieweit ist nach Auffassung der Bundesregierung die Befürchtung gerechtfertigt, daß Assistenzärzte, die ihren Wehrdienst noch nicht abgeleistet haben, dadurch Schwierigkeiten bei der Anstellung haben, daß die Träger von Krankenhäusern befürchten müssen, die jungen Ärzte würden demnächst zum Wehrdienst einberufen und sie müßten dann ein Jahr lang ihnen das volle Gehalt zahlen, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten?

16. Abgeordneter **Jung**

Welche Vorschläge kann die Bundesregierung machen, um auszuschließen, daß männliche Assistenzärzte durch diese Situation gegenüber Ärztinnen und ausländischen Ärzten in ihrem beruflichen Fortkommen benachteiligt werden?

17. Abgeordnete **Frau Blohm**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach einer Vorschrift des Arzneimittelgesetzes (AMG) mit Inkrafttreten der Verordnungen zur Freiverkäuflichkeit von Arzneimitteln gemäß §§ 30, 32 AMG die Verordnung vom 13. März 1941 ihre Gültigkeit verliert, wonach rezeptpflichtige Stoffe, auch soweit sie in Nichtarzneimitteln enthalten sind, nur in Apotheken abgegeben werden dürfen?

18. Abgeordnete **Frau Blohm**

Wie weit sind die Vorbereitungen zum Entwurf einer Kosmetik-Verordnung gediehen?

19. Abgeordnete **Frau Blohm**

Ist die Bundesregierung ebenfalls der Meinung, daß die in der Verordnung vom 13. März 1941 geregelte Materie aus rechtlichen Gründen nicht in gleichem Umfang in eine neue Kosmetik-Verordnung übernommen werden kann und deshalb nicht nur deren baldige Vorlage, sondern eine darüber hinausgehende Regelung erforderlich ist, um die nach Inkrafttreten der Freigabeverordnungen entstehende Gesetzeslücke schließen zu können?

20. Abgeordneter **Folger**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des bayerischen Innenministers Merk, der am 11. März im bayerischen Landtag gesagt hat, daß Vorsorgeuntersuchungen zum rechtzeitigen Erkennen von Krankheiten praktisch sinnlos seien?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

21. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß allgemeine Personenkennzeichen, wie sie Pressemeldungen zufolge kürzlich an die dänische Bevölkerung vergeben wurden, zur Vereinfachung und Rationalisierung der Verwaltungsarbeit beitragen können?

22. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wie ist der Stand der Vorbereitungen zur Einführung eines allgemeinen Personenkennzeichens in der Bundesrepublik Deutschland?

23. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wie würde sich nach den Vorstellungen der Bundesregierung das allgemeine Personenkennzeichen zusammensetzen?

24. Abgeordneter **Bühler**

Ich frage die Bundesregierung, ob die Kandidatur von Deutschen, die zugleich eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, für den Deutschen Bundestag zulässig ist?

25. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Unter welchen zeitlichen, fachlichen und personellen Voraussetzungen erfolgt die sportliche Ausbildung der Angehörigen des Bundesgrenzschutzes im Vergleich zur Bundeswehr und Polizei der Bundesländer?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

26. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist sichergestellt, daß innerhalb des Bundesgrenzschutzes den talentierten und Spitzensportlern ausreichend Trainings- und Förderungsmöglichkeiten materieller und ideeller Art während der Dienstzeit gegeben werden?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

27. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Hat die Bundesregierung konkrete Pläne, wie Bundeswehr und Bundesgrenzschutz noch mehr als bisher in den Gesamtbereich Sport der Bundesrepublik Deutschland eingezogen werden können?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

28. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)**

Welchen Rat kann die Bundesregierung den Angehörigen eines Verstorbenen geben, der aus Niedersachsen nach Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg überführt werden soll, damit sie nicht Gefahr laufen, bei Nichtvorhandensein einer entsprechenden Überführungserlaubnis mit einem Bußgeld bis zu 1000 DM belegt zu werden, nachdem Niedersachsen keinerlei besondere Überführungserlaubnis fordert, Hessen lediglich die Genehmigung des Gemeindevorstehers verlangt, während in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ein offizieller Leichenpaß ausgestellt sein muß?

29. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)**

Hält die Bundesregierung unter der Voraussetzung, daß die im Handelsteil der FAZ vom 1. Februar 1969 unter der Überschrift „Makabrer Föderalismus" gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen, einen in allen Bundesländern vorgeschriebenen Totenschein auch dort, wo Sterbe- und Begräbnisort verschieden sind, für ein den gesundheits- und sicherheitspolizeilichen Erfordernissen genügendes Dokument, nachdem sich ja auch aus dem Totenschein die hierzu notwendigen Angaben ergeben?

30. Abgeordneter **Dorn**	Ist nach Ansicht der Bundesregierung die Klage der Ortsverwaltung Stuttgart der Deutschen Postgewerkschaft berechtigt, es bestehe nach wie vor der Eindruck, daß die Beamten nicht nach ihrer Leistung bezahlt würden, sondern immer noch als „Bettelknaben und Almosenempfänger" dastünden, besonders für die kleinen Beamten sei der Staat kein sozialer Arbeitgeber (Stuttgarter Zeitung vom 10. März)?
31. Abgeordneter **Strohmayr**	Entspricht es den Tatsachen, daß auf Grund der kommenden Luftschutzbestimmungen Innentanks in Häusern für Heizöllagerung in absehbarer Zeit wieder entfernt werden müssen?
32. Abgeordneter **Strohmayr**	Bei Bejahung der Frage 31: Wäre es dann nicht zweckmäßig, schon jetzt eine Verordnung zu erlassen, damit weiterer Schaden verhütet wird?
33. Abgeordneter **Kubitza**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß das griechische Generalkonsulat in Frankfurt (Main) die gültigen Pässe griechischer Gastarbeiter in Deutschland, die als Gegner des Athener Regimes gelten, mit dem Ungültigkeitsstempel versieht, so daß diese Arbeiter zunächst ohne gültige Ausweispapiere sind?
34. Abgeordneter **Kubitza**	Läßt es sich mit dem deutsch-griechischen Gastarbeiterabkommen vereinbaren, daß das Generalkonsulat Eintragungen in sogenannte Loyalitätslisten verlangt?
35. Abgeordneter **Kubitza**	Ist sichergestellt, daß die griechischen Gastarbeiter, die ordnungsgemäß angeworben worden sind und Arbeitsverträge mit deutschen Firmen haben, auch mit ungültig gestempelten Pässen die Bundesrepublik Deutschland nicht verlassen müssen?
36. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Wie beurteilt die Bundesregierung die bayerischen Bemühungen um die Einführung des Begriffs „Nationalpark" angesichts der Tatsache, daß diese Bezeichnung gemäß den Richtlinien für die Erstellung der Liste der Vereinten Nationen nur Gebieten vorbehalten bleiben soll, die der Verwaltung von Zentralstaaten oder in Föderativstaaten der Bundesverwaltung unterstehen?
37. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Haben diesbezügliche Verhandlungen der bayerischen Staatsregierung mit der Bundesregierung ergeben, daß die bayerische Staatsregierung insofern vom bisherigen Standpunkt betreffend Zuständigkeit und Notwendigkeit einer bundesrechtlichen Rahmengesetzgebung für Naturschutz und Landschaftspflege abzuweichen beabsichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

38. Abgeordneter **Folger**

Ist es richtig, daß jedes Zollamt Briefe und Päckchen öffnen kann, nicht um sie auf zollpflichtigen Inhalt, sondern auf ihren Unzuchtsgehalt zu prüfen, gegebenenfalls beanstandete Sendungen einzuziehen und den Besteller zur Anzeige zu bringen?

39. Abgeordneter **Cramer**

Wieviel Anträge liegen zum § 6 Abs. 3 des Gesetzes über Besteuerung des Straßengüterverkehrs beim Bundesfinanzminister vor?

40. Abgeordneter **Cramer**

Wann ist mit einer Entscheidung über die bereits vorliegenden Anträge zu rechnen?

41. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, in dem Erlaß des Bundesfinanzministers vom 9. Januar 1969 - III B/4 - V 8530 - 143/68 - an die Oberfinanzdirektionen die Höhe der bei Rücknahme des Einspruchs zu erhebenden Gebühr nach dem Gerichtskostengesetz davon abhängig zu machen, ob der Steuerpflichtige durch einen Bevollmächtigten beraten wurde oder nicht?

42. Abgeordneter **Josten**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß zur Ausstattung der Betriebsprüfer bei den Finanzämtern das Bundessteuerblatt Teil II gehört, aber die Sparmaßnahmen bei der Finanzverwaltung so weit gehen, daß die Zuteilung dieses Bundessteuerblattes nicht an alle Betriebsprüfer erfolgt?

43. Abgeordneter **Weigl**

Wann wird die Bundesregierung dem Bundestag geeignete steuerliche Maßnahmen für Arbeitnehmer in den Zonenrand- und Bundesausbaugebieten vorschlagen, z. B. eine Erhöhung der Kilometergeldpauschale oder eine Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages, um die Abwanderung weiterer Fachkräfte bzw. die Überalterung der Bevölkerung in den wirtschaftsschwachen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern?

44. Abgeordneter **Felder**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für Verhandlungen mit dem amerikanischen Oberkommando in Heidelberg, die dem Ziele dienen müßten, den alten Exerzierplatz in Erlangen für die Bebauung mit Wohnhäusern und Gewerbebetrieben freizubekommen oder zumindest die wachsende Belästigung der Bevölkerung bei den durch das Stadtgebiet führenden Panzerfahrten zum Truppenübungsplatz Tennenlohe zu vermindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

45. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen der deutschen Industrie, bei der im Rahmen der indischen Industriealisierungspläne erwogenen Errichtung eines eigenen staatlichen Automobilwerks zumindest in der technischen Anlage berücksichtigt zu werden?

46. Abgeordneter **Blumenfeld**

Ist die Bundesregierung im Rahmen der z. Z. geplanten Ergänzungsmaßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung bereit, die Anregung zu prüfen, aus dem Aufkommen an Ausfuhrumsatzsteuer auch Anpassungshilfen zugunsten deutscher Außenhandelsunternehmen zu gewähren, die sich außer im Exportgeschäft auch im Binnenhandelsverkehr des Gastlandes, beim Import von Gütern in die Bundesrepublik Deutschland oder im Transithandel betätigen?

47. Abgeordneter **Blumenfeld**

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß binnenwirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen der vorgenannten Art zugleich zu der seit langem unter außenwirtschaftlichen und währungspolitischen Gesichtspunkten erwünschten Verstärkung des privaten Kapitalexports beitragen und damit zu einem bedeutsamen Teilinstrument der wirtschaftspolitischen Gesamtsteuerung in der Bundesrepublik Deutschland werden könnten?

48. Abgeordneter **Blumenfeld**

Ist die Bundesregierung im Rahmen der geplanten Ergänzungsmaßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung bereit, den Vorschlag zu prüfen, die Bundesgarantien im Außenwirtschaftsverkehr gemäß § 20 des Haushaltsgesetzes auch auf Forderungen aus der Vorfinanzierung von Einfuhren aus Entwicklungsländern auszudehnen?

49. Abgeordneter **Berberich**

Welche Gründe waren maßgebend, daß die Kreise Buchen und Tauberbischofsheim noch nicht als Bundesausbaugebiete anerkannt wurden?

50. Abgeordneter **Berberich**

Bis wann ist damit zu rechnen, daß diese Anerkennung erfolgt?

51. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, die diskriminierende Behandlung der seit 70 Jahren bestehenden Physikalisch-Technischen Bundesanstalt als Forschungsinstitut „zweiter Klasse" dadurch zu beenden, daß sie die Bundesanstalt den anderen Großforschungseinrichtungen Karlsruhe, Jülich, Hamburg, München usw. gleichstellt?

52. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die von 200 Wissenschaftlern des Verbandes der Wissenschaftler an Forschungsinstituten e. V. vertretene Auffassung, daß die wissenschaftliche Leistung und damit das internationale Ansehen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt darunter leiden müsse, wenn durch schlechtere Bezahlung und geringere Aufstiegsmöglichkeiten der Leistungswille der Wissenschaftler eingeschränkt und die Möglichkeit, gute Spitzenkräfte zu halten oder neue einzustellen durch die Konkurrenz der Industrie und der tariflich bevorzugten Großforschungseinrichtungen nahezu unmöglich gemacht wird?

53. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß, um ein Arbeitsgebiet der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt herauszugreifen (den Bereich der Sicherheitstechnik und des Explosionsschutzes), die Benachteiligung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt gleibedeutend mit einem erhöhten Risiko der staatlichen Verantwortung für die Sicherheit der Staatsbürger ist und damit ein gefährliches Sonderverhalten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber vergleichbaren Industriestaaten, in denen das physikalisch-technische Staatsinstitut tarifpolitisch gleichrangig mit anderen Forschungsinstituten, u. a. den Kernforschungsanlagen, behandelt wird, vorliegt?

54. Abgeordneter **Wächter**

Beabsichtigt die Bundesregierung zur Verwirklichung des in der Drucksache V/3627 (Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Wächter und der Fraktion der FDP) angekündigten Aktionsprogramms von sich aus den Bau eines Tunnels in der Unterweser etwa auf der Höhe von Motzen in der Gemeinde Berne durchzuführen?

55. Abgeordneter **Wächter**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Land Niedersachsen in dem für den Raum Nordwest-Niedersachsen aufzustellenden Regionalprogramms auf die Notwendigkeit der in der Frage 54 angesprochenen Maßnahme hinweist?

56. Abgeordneter **Dr. Lohmar**

Würde die Bundesregierung, für den Fall, daß der Heinrich Bauer-Verlag einen wesentlichen Anteil des Verlags Gruner & Jahr erwirbt, aus einem solchen Vorgang Folgerungen für ihre Bewertung von Konzentrationsvorgängen in der Presse ziehen?

57. Abgeordneter **Weigl**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine totale Liberalisierung der Porzellaneinfuhren aus den Ostblockländern und eine Erhöhung der Porzellaneinfuhren aus Japan um 20% bei der geringsten Konjunkturabkühlung zur Massenkurzarbeit bzw. Massenarbeitslosigkeit in den ostbayerischen Zonenrandgebieten führen könnte?

58. Abgeordneter **Weigl**

Trifft es zu, daß die seit 1965 stagnierende Industrieansiedlung in den Zonenrand- und Bundesausbaugebieten weiterhin anhalten wird, weil die Bundesregierung entgegen bisheriger Zusagen eine Investitionszulage nicht mehr zum 1. Januar 1969 sondern erst zum 1. Januar 1970 gewähren will?

59. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Ist damit zu rechnen, daß der Landkreis Vilshofen als wirtschaftlich viertschwächster Landkreis Oberbayerns, der in seinem nördlichen Teil innerhalb der 40-km-Zone zur CSSR liegt, als Zonenrandgebiet anerkannt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

60. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß besonders im Landesteil Rheinland des Landes Nordrhein-Westfalen die Mittel, die für Betriebe, von denen ein genehmigter Betriebsentwicklungsplan vorliegt, für die Zinsbeihilfen nicht ausreichen, um die vorliegenden Anträge zu bedienen?

61. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, eine Abhilfe zu schaffen, besonders, da sich die Betriebe an den Grenzen zu Nachbarn sowohl nach Westfalen hin als auch an der Grenze zu anderen Bundesländern in ihren Wettbewerbsmöglichkeiten behindert sehen?

62. Abgeordneter **Langebeck**

Ist die Bundesregierung bereit, die Bedingung für die Gewährung von Bundeszuschüssen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Privat- und Körperschaftswaldes in der Weise zu erweitern, daß der Wegebau, sofern es sich bei den Antragstellern um forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse handelt, mit Beihilfen bedacht werden kann?

63. Abgeordneter **Langebeck**

Reicht nach Auffassung der Bundesregierung die Beihilfe für die einmalige Anschaffung von Geräten, Maschinen und Fahrzeuge für den Wegebau und die Wegeinstandhaltung aus, um die Forstwirtschaft voll leistungsfähig zu machen?

64. Abgeordneter **Langebeck**

Können nach Auffassung der Bundesregierung die unter II Absatz 2 Buchstaben a bis d der Richtlinien aufgeführten Arbeiten wirkungsvoll gefördert werden, wenn die Wege selbst in einem Zustand bleiben, der den Anforderungen nicht gerecht wird?

65. Abgeordneter **Cramer**

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, das für den Entwässerungsverband Rüstringen geplante Schöpfwerk vorrangig in der Finanzierung und im Bauablauf sicherzustellen?

66. Abgeordneter **Richarts**

Ich frage die Bundesregierung, ob sie für den deutschen Gartenbau und den deutschen Weinbau, diese bedeutsamen Zweige der deutschen Landwirtschaft, die in Zukunft dem Wettbewerb besonders ausgesetzt sein werden, ein eigenes Programm erarbeiten läßt?

67. Abgeordneter **Richarts**

Wird die Bundesregierung sich bei der Erarbeitung des Kapitels Forschung in diesem Programm allein der Empfehlung des Wissenschaftsrates bedienen oder eigene Analysen über die bestehenden Forschungseinrichtungen erstellen?

68. Abgeordneter **Richarts**

Bis wann kann spätestens mit der Vorlage dieses Programms gerechnet werden?

69. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)**

Teilt die Bundesregierung die Vorstellungen des Wissenschaftsrates vom 29. Oktober 1968, wonach die Weinbauforschung im wesentlichen in Hohenheim in Verbindung mit dem Geiweilerhof konzentriert werden soll?

70. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)**

Hält die Bundesregierung die Forschungseinrichtungen der Lehr- und Forschungsanstalt Geisenheim nach der jetzt schon vorhandenen Ausstattung für ausbaufähig und ausbauwürdig?

71. Abgeordneter **Wächter**

Trifft es zu, daß in Brüssel eine Verordnung betreffend die Gewährung von Beihilfen für die Verwendung von Milchfetten bei der Herstellung von Mischfuttermitteln vorbereitet wird?

72. Abgeordneter **Kempfler**

Erscheint es der Bundesregierung nicht zweckmäßig, anstelle der bisherigen jeweils jährlichen Neufassung der Richtlinien für Zinsverbilligung zur Förderung vordringlicher agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen (Zinsverbilligungsaktion) eine Regelung mit längerer Gültigkeitsdauer im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung zu treffen?

73. Abgeordneter **Kempfler**

Erscheint es nicht sinnvoll, eine bessere Abstimmung der Richtlinien für die verschiedenen Förderungsmaßnahmen zu finden, z. B. hinsichtlich der verschiedenen Dauer der Buchführungspflicht bei dem Althofsanierungsprogramm und der Zinsverbilligungsaktion?

74. Abgeordneter **Baron von Wrangel**

Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß französischer Weizen und Gerste weit unter den jeweiligen Interventionspreisen bis zu 20 DM pro Tonne und mehr an die Mühlen nicht nur im Westen, sondern auch nach Schleswig-Holstein und besonders ins Zonenrandgebiet zur Intervention geliefert wird?

75. Abgeordneter **Baron von Wrangel**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Aufnahme der deutschen Ernte 1969 sicherzustellen, nachdem jetzt schon Kontrakte über französische Getreide auf dieser Basis bis Oktober und länger getätigt werden und die Interventionsläger durch französisches Getreide, das die Einfuhr- und Vorratsstelle Frankreichs bereits übernommen hat, beziehungsweise übernehmen muß, blockiert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

76. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, beim neuen Ladenschlußgesetz für Baumschulbetriebe zu erreichen, daß die sogenannte Friseurlösung (samstags bis 18 Uhr geöffnet, dafür montags vormittags geschlossen) für Baumschulen eingeführt wird?

77. Abgeordneter **Dr. Lohmar**

Verfügt die Bundesregierung über Unterlagen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Schriftsteller in der Bundesrepublik Deutschland?

78. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

In welcher Form wird die Bundesregierung dem Vorschlag der Beratenden Versammlung des Europarates in ihrer Empfehlung Nr. 545 (1969) folgen, anläßlich des 50jährigen Bestehens des Internationalen Arbeitsamtes in Genf die Öffentlichkeit auf Bedeutung und Aufgaben dieses Amtes in verstärktem Maße hinzuweisen?

79. Abgeordneter **Zebisch**

Was gedenkt die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der bayerischen Staatsregierung zu unternehmen, um gerade im Zonenrand- und Grenzlandgebiet Bayerns ein Lehrlingsausbildungssystem zu schaffen, das uns auf lange Sicht gesehen keine Umschüler ausbildet?

80. Abgeordnete **Frau Klee**

Bis wann kann mit der Vorlage des Ratifizierungsgesetzes für den 1964 unterzeichneten Europäischen Kodex für soziale Sicherheit gerechnet werden, die nach einer Auskunft des Staatssekretärs im Bundesarbeitsministerium vom 14. März 1968 bis spätestens Ende des vergangenen Jahres erfolgen sollte?

81. Abgeordneter **Varelmann**

Berücksichtigt die Bundesregierung bei ihren konjunkturdämpfenden Planungen das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Arbeitsamtsbezirken in Niedersachsen, u. a. in West-Niedersachsen und Südost-Niedersachsen?

82. Abgeordneter **Varelmann**

Welche zusätzliche Maßnahme erwägt die Bundesregierung, um der bereits seit Jahren anhaltenden kritischen Beschäftigungslage in den verschiedenen Bereichen Niedersachsens zu begegnen?

83. Abgeordneter **Varelmann**

Ist die Bundesregierung bereit, der Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den wirtschaftlich schwachen Räumen den Vorrang zu geben vor der Einstellung von ausländischen Arbeitnehmern?

84. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)**

Welche Maßnahmen sind in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und in ihren Mitgliedsländern ergriffen worden, um den Beschluß des Rates der EWG vom 29. Februar 1968 zu verwirklichen, der eine stärkere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der europäischen Gemeinschaft vorsah?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

85. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Hält die Bundesregierung den Zusatzurlaub von sechs Arbeitstagen im Jahr nach dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter für ältere, berufstätige Schwer- und Schwerstbeschädigte noch als ausreichend, um die erforderliche Erholung zu ermöglichen und die Berufsfähigkeit zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

86. Abgeordneter **Borm**

Treffen Pressemeldungen zu, nach welchen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die in offizieller Eigenschaft am Stapellauf eines Lenkwaffenzerstörers in Bath/Maine (USA) teilnahmen, in der Platzverteilung im Flugzeug gegenüber den militärischen Begleitern des Bundesverteidigungsministers zurückgesetzt wurden, im Gegensatz zu den Begleitern des Bundesverteidigungsministers in den USA keine Personenwagen, sondern nach längerer Wartezeit nur einen Omnibus gestellt bekamen, obgleich ein Abgeordneter sogar schwer gehbehindert war, und beim Stapellauf keine Plätze auf der Ehrentribüne, sondern auf der anderen Seite Stehplätze zugewiesen erhielten, die sie mit beliebigen Schaulustigen teilen mußten, dies alles im Gegensatz zu Offizieren und Kongreßabgeordneten, die auf der Ehrentribüne plaziert gewesen sein sollen und obgleich auf der Tribüne noch genügend Plätze vorhanden gewesen wären?

87. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**

Beabsichtigt die Bundesregierung, der aus Theologenkreisen vorgetragenen Anregung zu folgen, in Zukunft auch Pfarrer und Theologiestudenten zum Wehrdienst heranzuziehen?

88. Abgeordneter **Felder**

Kann die Bundesregierung darüber berichten, wie viele Soldaten der Bundeswehr bisher am Telekolleg des Bayerischen Rundfunks teilgenommen haben?

89. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Kann die Bundesregierung eine eingehend erläuterte Liste von Betrieben, Organisationen und Behörden vorlegen, die in Ostberlin entgegen den Viermächtevereinbarungen sich mit militärischen Rüstungsgütern, Ausrüstungen, Führungsaufgaben u. ä. beschäftigen?

90. Abgeordneter **Dröscher**

Erscheint es möglich, daß Wehrpflichtige, die als Studenten an staatlichen Ingenieurschulen nach Absolvierung eines Semesters zum 1. April 1969 einberufen werden, nach Beendigung ihres Grundwehrdienstes infolge der z. Z. in Gang befindlichen Umstrukturierung der Ingenieurschulen nicht weiterstudieren können, weil bis dahin das Studium nur nach abgelegtem Abitur zugelassen wird?

91. Abgeordneter **Dröscher**

Falls Frage 90 mit ja beantwortet wird: Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um jede Benachteiligung der den Grundwehrdienst ableistenden Wehrpflichtigen durch eine solche Entwicklung unmöglich zu machen?

92. Abgeordneter **Dröscher**

Warum wurden zum 1. April 1969 soviel Wehrpflichtige erst als Studenten mit einem Semester und nicht unmittelbar nach dem Abitur einberufen?

93. Abgeordneter **Schlee**

In welchem Verhältnis werden in der Verpflegung der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Butter und Margarine verwendet?

94. Abgeordneter **Rollmann**

Teilt die Bundesregierung die Meinung des Gesamtverbandes niedersächsischer Lehrer in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, daß nach dem Grundgesetz der Ersatzdienst als Kriegsdienstverweigerung und der Wehrdienst gleichwertig sind und es aus diesem Grunde „in unserer Demokratie unmöglich ist, denjenigen zu loben, der sich für den Dienst in der Bundeswehr entscheidet"?

95. Abgeordneter **Peiter**

Darf ich in Verfolg der Antwort auf meine Frage in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 5. Dezember 1962 nunmehr annehmen, daß das bisher in Neuwied provisorisch untergebrachte Kreiswehrersatzamt Montabaur in der Stadt Montabaur untergebracht wird, nachdem dort große Räumlichkeiten durch Auflösung der Bezirksregierung frei geworden sind?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

96. Abgeordneter **Damm**

Wie beurteilt die Bundesregierung die seit einiger Zeit regelmäßig von Unbekannten an den Kasernentoren der Kampfschule I in Hammelburg vom „Rat der Gruppe Frankfurt des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer" an Soldaten verteilten Flugblätter im Hinblick auf Sinn und Zweck der Bundeswehr, die Ziele der Ausbildung unserer Soldaten und im Hinblick auf die Artikel 4 und 5 des Grundgesetzes?

97. Abgeordneter **Damm**

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der Inhalt dieses Flugblattes die Soldaten der Bundeswehr diffamiert und diese daher einen Anspruch darauf haben, durch geeignete Maßnahmen aller staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder vor einer solchen Diffamierung geschützt zu werden?

98. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Wer entscheidet über die Wiederaufnahme eines Prüfungsverfahrens und die evtl. Aberkennung der Eigenschaft als Kriegsdienstverweigerer, wenn sich herausstellt, daß der vom Kriegsdienst Befreite in seinem weiteren Lebenslauf sich in einer Weise verhält, die es sehr fraglich erscheinen läßt, ob die bei seinem Prüfungsverfahren festgestellten Gewissensgründe noch fortbestehen?

99. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**

Zu welchem Zeitpunkt wird mit der Fertigstellung des Neubaus für den Sanitätsbereich am Fliegerhorst Porz-Wahn gerechnet?

100. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**

Sind der Bundesregierung die seit 1958 dort herrschenden unzumutbaren Arbeits- und Unterbringungsmöglichkeiten bekannt?

101. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Ist die Bundesregierung bereit, überall dort, wo durch den Einsatz von Bundeswehr und Bundeswehrgerät erhebliche Kosteneinsparungen bei der Vorbereitung der Olympischen Spiele 1972 erzielt werden können, sicherzustellen, daß ein solcher Einsatz der Bundeswehr ermöglicht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

102. Abgeordneter **Peiter**

Welche Pläne bestehen hinsichtlich des schienengleichen Bahnübergangs in St. Goarshausen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

103. Abgeordneter **Picard**

Welche Erfahrungen mit beheizten Straßen sind der Bundesregierung bekannt, um darüber ein Urteil abgeben zu können, ob durch Strassenheizung besonders häufige Unfallursachen im Winter, wie z. B. vereiste Brücken, Über- und Unterführungen, beseitigt werden können?

104. Abgeordnete **Frau Funcke**

Trifft es zu, daß Fahrpreisvergünstigungen bei der Deutschen Bundesbahn zwar den Ehefrauen männlicher Bediensteter, nicht aber den Ehemänner weiblicher Bediensteter gewährt werden?

105. Abgeordnete **Frau Funcke**

Falls Frage 104 bejaht wird: Womit wird die nachteilige Behandlung der Ehemänner gegenüber den Ehefrauen begründet?

106. Abgeordneter **Hölzle**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für einen beschleunigten Ausbau der Bundesstraße 29 zwischen Großheppach und Schwäbisch Gmünd im Hinblick auf die Tatsache, daß vor allem der Streckenabschnitt Lorch—Schwäbisch Gmünd zu den unfallträchtigsten in Nordwürttemberg gehört?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

107. Abgeordneter **Hölzle**

Hält es die Bundesregierung im Interesse eines beträchtlichen Zeitgewinns für angezeigt, mit dem Ausbau der B 29 an mehreren Stellen zu beginnen, namentlich auf dem Abschnitt Lorch—Schwäbisch Gmünd einschließlich der Gmünder Ortsdurchfahrt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

108. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Wie beurteilt die Bundesregierung aus der Sicht eines denkbaren Verstoßes sowohl gegen das Strafgesetzbuch (Gebrauch von Bundes- bzw. Landesemblemen ohne Ermächtigung) als auch gegen die Straßenverkehrs-Ordnung (Gefahr einer Verwechslung mit internationalen Kennzeichen) sowie auch wegen des möglichen Präzedenzcharakters Pläne aus der bayerischen Staatskanzlei, als Ersatz für das durch Gerichtsurteile für nicht mehr zulässig erklärte BY-Zeichen, eine quasi-offizielle Autoplakette auf dem Hintergrund eines weiß-blauen Rautenmusters in Kombination mit dem bayerischen Löwen zu entwerfen und als zulässigen „Aufkleber" in Verbindung mit den offiziellen Kennzeichen zu ermöglichen?

109. Abgeordneter **Ramms**

Ist die Bundesregierung in Anbetracht der von vielen Seiten vorgebrachten Argumente gegen die Taxitrennscheibe bereit, aus der Muß-Vorschrift in der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrzeugunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) wenigstens eine Kann-Vorschrift zu machen?

110. Abgeordneter **Zoglmann**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die im Zuge des Ausbaus des Mittellandkanals erforderlichen Brückenbauten wieder in der veralterten Fahrbahnbreite von 3,5 m erfolgen sollen?

111. Abgeordneter **Zoglmann**

Wenn nicht, wer soll die Kosten für die Verbreiterung der Brücken auf moderne Fahrbahnbreiten von wenigstens 5,5 m übernehmen?

112. Abgeordneter **Zoglmann**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß kleinen Gemeinden mit geringem Steueraufkommen zugemutet werden kann, sich in diesem Zusammenhang so zu verschulden, daß ihre gesamte bewegliche Steuermasse auf Jahrzehnte blockiert wird?

113. Abgeordneter **Zebisch**

Kann die Bundesregierung den Beschluß des Verwaltungsrates der Deutschen Bundesbahn bezüglich der Auflösung der Bundesbahndirektion und die genaue Begründung dazu bekanntgeben?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

114. Abgeordneter **Könen (Düsseldorf)**

Besteht die Möglichkeit, daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten eine Schwierigkeit im Zusammenhang mit der Flensburger Verkehrssünderkartei dahin gehend entsteht, daß das in Flensburg übliche Aufrechnen von Minuspunkten, die den Straßenverkehrsämtern bzw. den Zulassungsstellen mitgeteilt werden, so schnell die kritische Höhe von 5, 8 bzw. 12 Punkten erreicht, womit der Führerscheinentzug verbunden ist?

115. Abgeordneter **Ramms**

Was hat die beim Bundesgesundheitsamt 1966 gebildete Sachverständigenkommission zur Festlegung der Grenzen, innerhalb deren ein Kraftfahrer mit Sehmängeln noch unbedenklich oder unter bestimmten Auflagen am motorisierten Straßenverkehr teilnehmen kann und von wann an er als untauglich angesehen werden muß, ein Kraftfahrzeug zu führen, vorgeschlagen, was für Führerscheinbewerber und -inhaber zu beachten wäre?

116. Abgeordneter **Geldner**

Was haben die Nachforschungen der Bundesregierung nach der Existenz örtlicher Verkehrssünderkarteien (Fragestunde der 212. Sitzung des Deutschen Bundestages) ergeben?

117. Abgeordneter **Petersen**

Hat die Bundesregierung Unterlagen darüber, ob die Auffassung von Augenärzten, die auch in weiten Kreisen der Bevölkerung anzutreffen ist, richtig ist, daß Einscheibensicherheitsglas in Kraftfahrzeugen eine geringere Sicherheit als Verbund- oder Zweischeibensicherheitsglas biete?

118. Abgeordneter **Petersen**

Liegen der Bundesregierung statistische Unterlagen darüber vor, welches der beiden Sicherheitsglassysteme die größeren Gefährdungen und schwereren Verletzungen bei Unfällen mit sich bringt?

119. Abgeordneter **Petersen**

Gedenkt die Bundesregierung in absehbarer Zeit die Verwendung von einer bestimmten Art von Sicherheitsglas im Automobilbau vorzuschreiben?

120. Abgeordneter **Dr. Enders**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Verkehrsverhältnisse auf den schienengleichen Bahnübergängen Rothenkirchen und Hermannspiegel (Kreis Hünfeld) sowie Friedewald und Mecklar (Kreis Hersfeld), die täglich von etwa 300 Zügen passiert werden?

121. Abgeordneter **Dr. Enders**

Wie ist der Stand der Planungen für den Bau der Umgehungsstraße Altmorschen (Kreis Melsungen), wodurch der schienengleiche Bahnübergang mit der B 83 beseitigt werden soll?

122. Abgeordneter **Dr. Enders**

Welche schienengleichen Übergänge an Hauptstrecken der Deutschen Bundesbahn sollen in nächster Zeit in Osthessen beseitigt werden?

123. Abgeordneter **Ramms**

Dient es nach Ansicht der Bundesregierung der Entlastung der Straßen nach Süden, wenn die Deutsche Bundesbahn ausgerechnet im Osterreiseverkehr alle Autoreisezüge aus Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen und Holland in München-Ost enden läßt, anstatt sie nach Norditalien und Jugoslawien weiterzuführen, wohin es erfahrungsgemäß gerade in diesen Tagen zahlreiche Kraftfahrer zieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

124. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Inwieweit entspricht die Mitteilung der polnischen Postbehörden, daß sie keine Post mit dem Sonderstempel der Bundesversammlung in Berlin befördern würden, den Gepflogenheiten des internationalen Postverkehrs und den Verpflichtungen der Mitglieder des Weltpostvereins?

125. Abgeordneter **Peiter**

Wann ist nunmehr damit zu rechnen, daß für den Raum Diez (Lahn) ein Antennenträger errichtet wird, damit ein einwandfreier Empfang des Zweiten Fernsehprogramms möglich ist?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

126. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wann das neue Hauptpostamtsgebäude in Deggendorf errichtet wird?

127. Abgeordneter **Burger**

Aus welchen Gründen scheiterte der Neuabschluß der seit 1965 gekündigten "Vereinbarungen über Vergütungen und sonstigen Leistungen an Postjungboten" und des „Tarifvertrags für Lehrlinge der Deutschen Bundespost"?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

128. Abgeordneter **Burger**

Stimmt es, daß im Zuge der Rationalisierung Postjungboten und Lehrlingen der Deutschen Bundespost bei zentralen Ausbildungshauptpostämtern ausgebildet werden und diesen von der Familie getrennt wohnenden Betroffenen alle zwei Monate eine bezahlte Familienheimfahrt gewährt wird?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

129. Abgeordneter **Burger**

Ist es zutreffend, daß das Bundesfinanzministerium dem Bundespostminister die erforderliche Zustimmung zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages allein deshalb nicht erteilt, weil monatlich je eine Familienheimfahrt gewährt werden soll, obwohl das Bundesfamilienministerium je zwei Fahrten pro Monat empfiehlt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

130. Abgeordneter **Folger**

Ist es richtig, daß das Bundesfinanzministerium den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der Deutschen Bundespost und der Deutschen Postgewerkschaft über Vergütungen und sonstige Leistungen an Postjungboten deshalb blockiert, weil es mit einer vom Bundespostministerium und Bundesfamilienministerium aus jugend- und familienpolitischen Gründen für notwendig gehaltenen Bestimmung, die monatlich eine bezahlte Familienheimfahrt vorsieht, aus fiskalischen Gründen nicht einverstanden ist?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

131. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**

Besitzen die bei den alliierten Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Angehörigen der Arbeitsgruppen (Deutsche) und Dienstgruppen (Ausländer und Staatenlose), die bewaffneten Dienst tun, den Kombattantenstatus oder nicht?

132. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**

Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um auf eine allgemein anerkannte Klärung der rechtlichen Stellung der etwa 9000 Angehörigen dieser Arbeits- und Dienstgruppen im Ernstfall hinzuwirken?

133. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Wann ist damit zu rechnen, daß die mit dem Bundeskanzler während seines Besuches in Kabul/Afghanistan besprochenen Wünsche der afghanischen Regierung hinsichtlich der Ausrüstung der afghanischen Polizei im Rahmen des laufenden Projekts der deutschen technischen Hilfe zur Reorganisation der afghanischen Polizei erfüllt werden?

134. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**

Wie beurteilt die Bundesregierung den in der von der sowjetischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland herausgegebenen Schrift „Sowjetunion Heute" vom 1. Februar 1969 veröffentlichten Aufsatz „Mitbestimmung: Theorie und Praxis" (Seiten 12 und 13)?

135. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**

Entsprechen derartige massive, zum Umsturz auffordernde Einmischungen in die inneren Angelegenheiten eines Staates den normalen Gepflogenheiten ausländischer Botschaften?

136. Abgeordneter **Rollmann**

Hält die Bundesregierung es fast 25 Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes noch für angezeigt, für die deutsche Kultur im Ausland dadurch zu werben, daß jetzt noch Literatur über die Konzentrationslager — wie das Buch von Inge Deutschkron „ . . . denn ihrer war die Hölle — Kinder in Gettos und Lagern" — in großer Stückzahl an die Goethe-Institute zur Versendung gelangt, dort ausgelegt und ausgeliehen wird?

137. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des EWG-Präsidenten Rey und der Regierung Frankreichs, daß bei einem Beitritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt „alles noch komplizierter" werde?

138. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Ist es nicht Aufgabe des EWG-Ministerrats und der Kommission, auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit den Schwierigkeiten, sich in der Gemeinschaft auf gemeinsame politische Leitlinien zu einigen, nach Mitteln und Wegen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu suchen?

139. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Können die von Präsident Rey und der Regierung Frankreichs befürchteten größeren Schwierigkeiten für die Einigung auf gemeinsame politische Leitlinien der Aufnahme beitrittswilliger Länder als unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, nachdem die Römischen Verträge ausdrücklich eine Erweiterung der EWG fordern?

140. Abgeordneter **Josten**

Welche neuen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um zur Beendigung des Kampfes in Ost-Nigeria beizutragen?

141. Abgeordneter **Josten**

Wie weit sind die Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts über die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung in diesem Jahr betr. humanitäre Hilfe für Nigeria/Biafra gediehen?

Bonn, den 14. März 1969